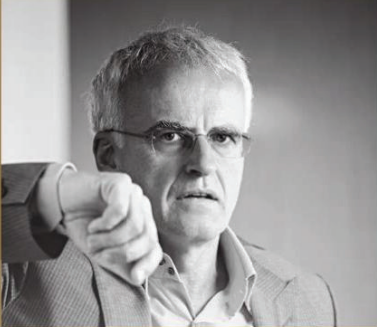


WARUM REICHE KAUM SPENDEN (1/5)

	Hans Peter Haselsteiner Der Strabag-Eigentümer steckt 51 Prozent seiner Stiftungserträge in karitative Zwecke, um „etwas für die Allgemeinheit zu tun“.	
Katharina Turnauer will mit ihrer Privatstiftung „menschliches Leid lindern und persönliches Wachstum fördern“. Ihre Projekte reichen vom Sozialmarkt in Bukarest bis zu Behindertenintegration.		Rudolf Knünz Der KTM-Sanierer und Kästle-Eigentümer unterstützt – ohne viel Aufsehen zu machen – landwirtschaftliche Entwicklungshilfeprojekte in Äthiopien und Bhutan mit Mikrokrediten an regionale Bauern.
	Ingrid Flick Die Nummer drei der trend-Reichstenliste finanziert Rückenmarksforschungen, um „einen Beitrag zur verbesserten Lebensqualität von Querschnittsgelähmten zu leisten“.	
Franz Klammer Der Ex-Skistar fördert über seine „Foundation“ Sportler, die nach einem Unfall in Not geraten sind. Denn: „Helfen ist Verpflichtung für jeden.“		Gerald Schweighofer Der Holzindustrielle spendet die Hälfte seiner Stiftungserträge für Sozialprojekte in Rumänien und der Ukraine, etwa für den Bau von Spitälern und Waisenhäusern, weil er findet, dass „jeder Mensch soziale Verantwortung tragen“ muss.

WARUM REICHE KAUM SPENDEN (2/5)

WARUM REICHE KAUM SPENDEN

STIFTUNGEN. Weil sich in Österreich nur wenige Superreiche karitativ engagieren, will die Politik große Vermögen für gemeinnützige Zwecke anzapfen. Sie hat es aber bisher verabsäumt, Anreize dafür zu schaffen, und wirkt auch jetzt nicht sehr aktiv.

Von Rainer Himmelfreundpointner

Er gilt als beinhardter Sanierer, der gemeinsam mit Stefan Pierer die KTM-Motorräder wieder auf die Überholspur gesteuert oder der komatösen Skimarke Kästle neues Leben eingehaucht hat. Doch wirklich stolz ist Rudolf Knünz, 63, auf seine weithin unbekannten Wohltaten in Bhutan und Äthiopien. Etwa eine Million Euro aus den Erträgen seiner KTM-Anteile hat er in beiden Ländern bisher für Entwicklungshilfeprojekte gespendet.

Die Knünz-Firma Gantner Seilbahnbau, ein Juwel seiner kleinen Unternehmensgruppe, hat in den vergangenen 25 Jahren ein Viertel aller Materialseilbahnen in der Himalaya-Region errichtet, besonders in Bhutan. „Dort habe ich schnell gesehen, wie sehr die Landwirtschaft in vielen Dörfern im Argen liegt“, sagt er: „Die Böden werden von Wildschweinen zerstört, es fehlt an Saatgut und Anbauwissen.“ Seit Jahren schon hilft Knünz daher lokalen Bauern mit Mikrokrediten für Zäune und Gemüsesamen auf die Beine und finanziert Schulungen. Die Caritas in Gantners Heimat Vorarlberg bekam schnell Wind von seinem gemeinnützigen Engagement und gewann ihn zur Unterstützung eines ihrer Projekte in Äthiopien – den Aufbau von Getreidegenossenschaften mit Hilfe von 30-Dollar-Minidarlehen an örtliche Landwirte.

Bisher hat Knünz diese Charity-Aktivitäten direkt aus seinem ansehnlichen Privatvermögen finanziert. In Zukunft jedoch will er zumindest seine Zuwendungen in Bhutan über die „Philanthropie Austria“ laufen lassen. Diese gemeinnützige Privatstiftung wurde erst vor drei Monaten von der Capital Bank, einer Tochter der Grazer Wechselseitigen Versicherung, und dem Fundraising Verband Austria ins Leben gerufen. Ihr hehres Ziel: Das große Geld von heimischen Superreichen für wohltätige Zwecke anzapfen, vor allem aber das immense Vermögen von geschätzten 80 bis 100 Milliarden Euro, das in den rund 3300 österreichischen Privatstiftungen geparkt ist. „Denn in Österreich spenden jene, die wenig haben, relativ viel. Aber jene, die viel haben, leider kaum“, sagt Constantin Veyder-Malberg, Vorstandssprecher der Capital Bank: „Und das wollen wir ändern.“

Erbärmliche Spendenmoral. Angesichts akuter Budgetnöte hat nun auch die Politik diese brachliegende Geldquelle ins Visier genommen. Gleich in mehreren Kapiteln des neuen Regierungsprogramms ist von einer „Mobilisierung des Stiftungsvermögens“ sowie der „Schaffung einer neuen rechtlichen Grundlage für gemeinnützige Stiftungen“ die Rede. Hauptgrund für diese – bislang immer wieder aufgeschobene – Reform des Stiftungsrechtes ist die Hoffnung, durch gemeinnützige Zuwendungen den privaten Anteil an Forschung und Entwicklung von derzeit rund 60 auf 66 Prozent zu erhöhen, damit die bis 2020 angepeilte F&E-Quote von 3,76 >

Wer viel hat, gibt wenig

Das Spendenaufkommen österreichischer Privatstifter liegt bei läppischen drei Euro pro Einwohner. Hauptgrund dafür sind Steuerhemmnisse und schlechte Gesetze.

Vergleich des Spendenverhaltens



MATTHIAS WEISSENGRUBER, HEDI MICHEL-DEBOR, FRANZ HEIJMATHY / PHOTOGRAPHY.COM, NEWS / RICARDO HERRGOTT, LUDAS LONER, NEWS / HEINZ S. TESAREK

WARUM REICHE KAUM SPENDEN (3/5)

Constantin Veyder-Malberg
Der Capital-Bank-Chef will
mit der gemeinnützigen
Privatstiftung „Philanthropie
Austria“ aus Österreichs
Superreichen Big Spender
machen.



Prozent des BIPs nicht nur ein frommer Wunsch bleibt. „Um diese private Finanzierung anzuheben“, sagt Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner, „brauchen wir neue rechtliche Möglichkeiten, aber auch einen Kulturwandel.“

Nur „Bettelbriefe“, wie sie sein Parteichef, Michael Spindelegger, verschickte, werden nicht viel bewirken. Es braucht auch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen.

Derzeit ist die Spendenmoral reicher Österreicher erbärmlich. Lediglich ein verschwindend kleiner Teil ist in nennenswertem Ausmaß karitativ tätig. Dazu zählen etwa der Strabag-Eigentümer Hans Peter Haselsteiner, dessen Privatstiftung 51 Prozent ihrer Erträge für kulturelle und soziale Zwecke spendet, „weil man als wohlhabender Mensch etwas für die Allgemeinheit tun muss“. Oder der Holzindustrielle Gerald Schweighofer, der „aus sozialer Verantwortung“ mit der Hälfte seiner Stiftungserträge Spitäler und Waisenhäuser in Rumänien und der Ukraine finanziert. Auch die Erbin Katharina Turnauer beweist mit Sozialprojekten, etwa in Bukarest, „gelebte Mitmenschlichkeit“. Ingrid Flick will mit großzügigen Spenden für die Rückenmarksforschung „einen Beitrag zu einer verbesserten Lebensqualität querschnittgelähmter Menschen zu leisten“. Selbst Ex-Skistar Franz Klammer ist gemeinnützig in der Sportlerhilfe aktiv.

Aber sie alle sind löbliche Ausnahmen. Denn gerade mal rund ein Fünftel der heimischen Privatstiftungen engagiert sich für die Gesellschaft. Zusammen spenden sie etwa 25 bis 30 Millionen Euro jährlich, umgerechnet auf die Bevölkerung lächerliche drei Euro pro Kopf. „Normale“ Bürger hingegen machen hingegen ungefähr 60 Euro pro Kopf locker und sind damit für den weitaus größten Teil des gesamten Spendenaufkommens in Österreich von etwa 510 Millionen Euro (2013) verantwortlich.

Im internationalen Vergleich sieht die Spendenmoral der Reichen in Österreich noch schlimmer aus: Laut Untersuchungen der WU-Abteilung für Non-Profit-Management, die gerade im Auftrag des Wissenschaftsministerium Best-Practice-Beispiele in aller Welt untersucht, schütten die etwa 19.000 Stiftungen in Deutschland jährlich rund 18 Milliarden Euro an gemeinnützige Projekte aus, also zirka 168 Euro pro Einwohner – oder gut 50-mal mehr

als österreichische Stiftungen. In der Schweiz fließen von knapp 13.000 Stiftungen wenigstens 1,2 Milliarden Euro pro Jahr (etwa 148 Euro je Einwohner) in Charity-Aktivitäten. Für ganz Europa werden die gemeinnützigen Stiftungsausschüttungen auf bis zu 150 Milliarden Euro jährlich geschätzt, in den USA, dem Land mit der ausgeprägtesten Spendenkultur, sind es umgerechnet 250 Milliarden Euro – nach dem Motto des nicht gerade zimperlichen US-Unternehmers Andrew Carnegie: „Es ist keine Schande, reich zu werden, aber eine große Schande, reich zu sterben.“

Milliardenpotenzial. „Es ist auch eine große Schande, wie wenig Österreichs Privatstiftungen spenden“, sagt Günther Lutschinger, Geschäftsführer des Fundraising Verbands und Vorkämpfer für eine Stiftungsrechtsreform. „Wären die gemeinnützigen Ausschüttungen auf einem ähnlichen Niveau wie in Deutschland, könnte jährlich mindestens eine Milliarde Euro mehr in Bildung, Forschung, Kultur, Soziales und Entwicklungshilfe fließen.“

Reinhard Millner, Non-Profit-Forscher an der WU, schätzt den potenziellen Geldsegen aus diesen Quellen sogar auf bis zu 1,8 Milliarden Euro pro Jahr. „Allerdings wird es bis dahin sehr lange dauern. Denn Deutschland hat bereits in den 90er-Jahren begonnen, das bürgerschaftliche Engagement mit vielen Gesetzesinitiativen zu fördern“, ergänzt WU-Vizekanzler Michael Meyer, Leiter der Charity-Studie, die im Herbst präsentiert werden soll: „Inzwischen gehört es dort unter Wohlhabenden zum guten Ton, der Gesellschaft etwas zurückzugeben.“

Und genau das ist ein entscheidender Punkt: Nicht nur die Hartnäckigkeit der Vermögenden trägt Schuld an der Situation, die

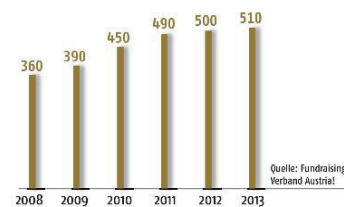
HEIDI MICHEL-REIDOR

WARUM REICHE KAUM SPENDEN (4/5)

Wer weniger hat, gibt mehr

Der Durchschnittsösterreicher hat auch in den Jahren der Rezession immer mehr gespendet. Hauptgrund: die steuerliche Absetzbarkeit der Spenden seit 2009.

Spendenaufkommen in Österreich in Mio. Euro



Politik muss sich auch selbst an der Nase nehmen. Sie hat es verabsäumt, Anreize zu bieten. Mehr noch: Das Finanzministerium hat Initiativen, die Spendentätigkeit von Stiftungen steuerlich zu begünstigen, immer wieder blockiert – aus Angst, Einnahmen zu verlieren. Eine sehr kurzsichtige Strategie.

Harald Mahrer ist Chef der Julius-Raab-Stiftung, eines Think-tanks des Wirtschaftsbundes, und Präsident des Bundes gemeinnütziger Stiftungen. Er klagt: „Verglichen mit Deutschland sind wir total unterentwickelt und haben 20 Jahre Aufholbedarf.“ Er glaubt, dass zwei Hauptgründe für die miese Geberlaune, die das Image Österreichs als Spendenweltmeister Lügen straft, verantwortlich sind: völlig unübersichtliche Stiftungsgesetze und prohibitive Steuervorschriften, die Stiftungsspenden bestrafen, statt fördern.

Um die Zuständigkeit für gemeinnützige Stiftungen streiten sich das Innen-, das Wissenschafts- und das Verteidigungsministerium. Auf Landesebene herrscht noch mehr Kompetenzwirrwarr.

Der bürokratische Aufwand, eine gemeinnützige Stiftung zu errichten, ist enorm: Selbst die minimalste Änderung im Satzungstext, im Vorstand oder der E-Mailadresse muss genehmigt werden. Das Amt kontrolliert auch die Jahresabschlüsse, zusätzlich zu Finanz und Wirtschaftsprüfer. Lutschinger: „Da blickt keiner mehr durch. Das tut sich niemand an. Also gründet auch kaum jemand mehr eine gemeinnützige Stiftung nach altem Gesetz.“

Bei gewöhnlichen Privatstiftungen wiederum verhindern Steuervorschriften ein größeres Spendenaufkommen. Gemeinnützige Zuwendungen von Privatstiftungen werden mehrfach benachteiligt, während Privatpersonen Spenden seit 2009 in der Höhe

WARUM REICHE KAUM SPENDEN (5/5)



Harald Mahrer Der Präsident des Bunds gemeinnütziger Stiftungen ortet mindestens 20 Jahre Nachholbedarf in der „total unterentwickelten“ Spendenkultur der reichen Österreicher.



Günther Lutschinger Der Chef des Fundraising Verbands Austria hofft auf zusätzliche gemeinnützige Stiftungsausschüttungen von mindestens einer Milliarde Euro pro Jahr.

von zehn Prozent des steuerpflichtigen Einkommens absetzen können, wenn sie an eine der 1057 von der Finanz anerkannten Organisationen gehen – etwa das Rote Kreuz, die Caritas, SOS Kinderdorf, aber auch Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Nur wenn eine Privatstiftung „ausschließlich“ gemeinnützigen Zwecken gewidmet ist, was praktisch nie der Fall ist, ist sie von der Stiftungseinkommensteuer (ab 2,5 Prozent) befreit. Aber selbst in diesem Fall kann der Stifter sein gewidmetes Kapital nicht von der Einkommenssteuer absetzen. Außerdem werden karitative Stiftungsspenden in den ersten drei Jahren wie Ausschüttungen gewertet und unterliegen noch dazu einer 25-prozentigen Kapitalertragssteuer. Erst ab dem vierten Jahr wirken sie steuermindernd. Allerdings auch nur dann, wenn das Geld an eine „spendenbegünstigten Organisationen“ geht und zehn Prozent des jeweiligen (Stiftungs-)Einkommens nicht übersteigt. Mahrer: „Viele potenzielle Stifter wollen sich aber nicht vorschreiben lassen, wen sie unterstützen sollen. Sie fördern auch gemeinnützige Projekte, die halt nicht auf der Liste des Finanzministeriums stehen.“

Die vielleicht größte Steuerhürde besteht in der strikt festgelegten „Unmittelbarkeit“ der Spende. Das heißt: Nur wenn die mildtätige Gabe zur Finanzierung eines ganz konkreten Projekts dient, kann sie überhaupt steuerlich geltend gemacht werden. Es reicht also in der Praxis nicht aus, einer gemeinnützigen Organisation bloß Geld zu geben, sondern der Spender muss irgendein klar definiertes Vorhaben fördern oder beauftragen – sei es ein medizinisches Forschungsprojekt oder ein Kulturevent. Wer also ganz allgemein eine Universität, die Roten Nasen oder den Tierchutzverein unterstützen will, wird dennoch vom Finanzamt einbehalt zur Kasse gebeten. „Den meisten Stiftern dauert es zu

lange, bis sie in einen Steuergenuss kommen“, sagt Lutschinger. „Und vielen ist die Unmittelbarkeitsregel zu aufwendig.“

Das Reformmodell. Die Gesetzesvorschläge für die „Einrichtung einer unwiderruflichen gemeinnützigen Stiftung Neu“ werden trotz der lauten Rufe nach mehr Beiträgen von den Reichen noch recht vorsichtig zwischen den Kabinetten des Wissenschafts- und des Finanzministeriums verhandelt. Sie dürften frühestens im Herbst 2014 in einer Gesetzesvorlage münden und orientieren sich derzeit weitgehend an der deutschen Rechtslage.

Demnach sollen sowohl der Zwang der Unmittelbarkeit einer gemeinnützigen Stiftungszuwendung als auch jener der Ausschließlichkeit „entschärft“ werden, berichtet ein Insider. Laut Mahrer könnte die „Mindestbestandsdauer“ von drei Jahren als Zeichen der Spendenkontinuität ebenfalls gekippt werden. Und eine Anhebung der steuerlichen Spendenabsetzgrenze von zehn auf 20 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens wie in Deutschland scheint genauso wahrscheinlich wie die „weitere Öffnung des Kreises der spendenbegünstigten gemeinnützigen Empfänger“, so hofft Experte Mahrer.

Skeptiker befürchten allerdings, dass sich ein neues Stiftungsrecht genau an diesem Punkt spießen könnte. Denn hinsichtlich der Prüfung der Gemeinnützigkeit einer Organisation oder eines Projektes – und damit der steuerlichen Absetzbarkeit einer Spende – herrscht im Finanzministerium arger Personalmangel. Lediglich eine einzige Hofrätin, die im Finanzamt Wien 1/23 residiert, sei derzeit dafür zuständig. „Im Vergleich zu den deutschen Stiftungsbehörden“, sagt WU-Professor Michael Meyer, „wo Stifter immens proaktiv beraten, geschult und unterstützt werden, ist das im Moment kein sehr lebendiger Apparat.“

STANISLAW JENNY / PICTUREDISK.COM, RENE FRIDHANSKA